



Der Flughafen Berlin Brandenburg Willy Brandt | © Günter Wicker, Flughafen Berlin Brandenburg GmbH

Milliardenkosten für Regierungsflughafen am BER

01. Oktober 2026

Der geplante Ausbau des Regierungsflughafens am [Hauptstadtflughafen BER](#) könnte deutlich teurer werden als ursprünglich geplant. Nach Angaben des [Bundes der Steuerzahler](#) (BdSt) könnten sich die Kosten auf bis zu 2,5 Milliarden Euro belaufen. Ursprünglich waren 344 Millionen Euro dafür vorgesehen. Die Fertigstellung ist für 2038 geplant.

Die Bundesregierung hatte ihre ursprünglichen Ausbaupläne bereits reduziert. 2020 ging ein Interimsterminal für die Flugbereitschaft und Staatsgäste in Betrieb, das rund 70 Millionen Euro kostete. Der 2022 geplante repräsentative Terminalneubau wurde anschließend gestrichen. Nach Angaben des BdSt bleibt es dennoch bei umfangreichen

Ausbauplänen für das Gelände. Die Fläche soll demnach von 30 auf knapp 60 Hektar wachsen. Vorgesehen sind unter anderem Stabsgebäude, Hangars, Wach- und Betriebsgebäude, Rollwege, eine Unterflurbetankungsanlage und 26 Abstellpositionen. Aus dem [Verteidigungsministerium](#) heißt es dazu: „Zu den 18 Abstellpositionen kommen die Bedarfe des Auswärtigen Amtes mit drei Protokollpositionen sowie vier Gastpositionen hinzu. Eine weitere Abstellposition ist als Enteisungsfläche für die Luftfahrzeuge vorgesehen.“ Zudem ist auch der Personalbedarf der Flugbereitschaft gestiegen auf inzwischen 1.170 militärische und zivile Dienstposten, die künftig auf dem Gelände untergebracht werden sollen.

Zusätzliche Kosten könnten ebenfalls durch die Erneuerung der Flugzeugflotte entstehen. Nach Angaben des BdSt drängt das Verteidigungsministerium bis zur geplanten Eröffnung auf den Austausch von rund der Hälfte der Kurz- und Mittelstreckenflugzeuge sowie aller drei Hubschrauber der Flugbereitschaft. Diese Ausgaben kämen zu den Kosten für den Ausbau des Flughafengeländes hinzu. In den vergangenen Jahren hatte die Bundesregierung bereits drei neue A350-Langstreckenflugzeuge für rund 1,2 Milliarden Euro beschafft. Die derzeitige Kostenschätzung für den Ausbau ist zudem noch nicht abschließend. Die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben sagt: „Die finalen Projektunterlagen werden bis 2028 weiter konkretisiert.“

Der Bund der Steuerzahler fordert eine Begrenzung der Ausbaupläne: „Der Regierungsflugbetrieb muss sich am funktionalen Bedarf orientieren – nicht an immer neuen Ausbauwünschen.“ Wie hoch die Gesamtkosten des Projekts am Ende ausfallen werden, ist derzeit offen. (red)